

**Die letzten Wahlen.**

In mehreren Reichswahlkreisen haben in letzter Zeit Nachwahlen stattgefunden, durch deren Ergebnis einige bisher der nationalliberalen und freikonservativen Partei angehörige Sitze in die Hände der Fortschrittspartei übergegangen sind. Den Wahlen in Württemberg, Hessen-Nassau und Lübeck folgte neuerdings ein fortschrittlicher Wahlsieg in Sachsen-Altenburg, der bei Weitem das meiste Aufsehen gemacht hat und in der That auch eine besondere Aufmerksamkeit verdient. Der bisherige Vertreter dieses Wahlkreises gehörte zwar zur freikonservativen Partei, stand aber den Nationalliberalen ziemlich nahe, und bei der Wahl selbst unterlag der von nationalliberaler Seite aufgestellte Kandidat den vereinigten Anstrengungen der »Secessionisten«, der Fortschritts- und Volkspartei und der Sozialdemokraten. Es gelang denselben durch eine in den Mitteln nicht sehr wählerische agitatorische Thätigkeit den Sinn und Zweck der neuen Wirtschaftspolitik in den Augen eines großen Theils der Wähler zu verdunkeln und so dieselben zu einer Wahl zu bewegen, welche als eine direkt gegen jene Politik gerichtete Kundgebung zu betrachten sein dürfte.

Man wird vor dieser Thatsache die Augen nicht verschließen können: der Erfolg jener vereinigten Elemente ist keineswegs so leicht zu nehmen, wie dies vielfach geschieht; die Altenburger Wahl sollte den nationalliberalen, wie den konservativen Parteien und nicht minder der Regierung eine ernste und dringliche Mahnung sein, dem weiteren Einfluß einer eben so rührigen, wie rücksichtslosen Partei mit der Thatkraft entschlossenen und wirksamen Handelns entgegenzutreten.

Gewiß wird man sich freilich durch den Ausgang der Altenburger Wahl nicht entmuthigen, sich nicht imponiren lassen dürfen, schon deshalb nicht, weil die Führer der vereinigten Gegnerschaft für diese Einzelwahl ihre ganze Kraft aufwenden konnten und offenbar aufgewandt haben, während dieselbe sich bei allgemeinen Wahlen auf vierhundert Wahlkreise zersplittert. Namentlich die Fortschrittspartei hat die Altenburger Wahl offenbar zu einer besonderen Kraftprobe ausgewählt und auf sie allen ihren Einfluß, alle ihre Mittel verwendet.

Welche Bedeutung aber auch die bisherigen Nachwahlen sonst haben mögen, so liefern sie doch in jedem Falle den vollgültigen Beweis für die Richtigkeit dessen, was an dieser Stelle wiederholt betont worden, daß nämlich die liberale Bewegung, welche in der Trennung der neuen liberalen Gruppe von den Nationalliberalen einen bestimmten Ausdruck erhalten hat, keiner anderen Partei so zum Vortheil gereicht, als der Fortschrittspartei. In einem Wahlaufruf der vereinigten Parteien in Altenburg wird das Bündniß, welchem die Secessionisten dienen und verfallen sind, in offenen Worten dahin verkündigt, daß sich »entschieden liberale Männer aus allen Schattirungen zusammengethan haben, Anhänger der Volkspartei, der Fortschrittspartei und bisherige Nationalliberale, welche sich mit Jordanbeck, Bakker und Freiherrn von Stauffenberg von einer Partei lossagen, die die Steuerlast vorwiegend zum Nachtheil der ärmeren Klassen verschiebt«. Dieser Verblendung und Irreführung, die sich jetzt die extremsten Elemente zu nütze machen, haben die Secessionisten Vorschub geleistet, und daher sind recht eigentlich sie es, welche an den fortschrittlichen Wahlerfolgen schuld sind.

Um zu verhindern, daß diese Bewegung im Reiche fälschlich als die wahre liberale und den Interessen des Volkes förderliche ausgegeben und betrachtet werde und weitere Fortschritte nach links hin mache, werden daher vor Allem die Nationalliberalen in ihrem eigenen und im wahren Volks-Interesse den Ernst der Lage zu würdigen und ihre Aufgabe fest ins Auge zu fassen haben. Die Verluste, welche bisher vornehmlich ihre Reihen betroffen haben, sind nicht so sehr ihrer politischen Richtung, als ihrer Unentschlossenheit und Thatenlosigkeit zuzuschreiben. So lange die Nationalliberalen der Regierung fest zur Seite standen und mit ihr durch das Mittel einer praktischen Kompromiß-

politik sich zu verständigen und zu einigen wußten, war ihre Zahl wie ihre Bedeutung und ihr Einfluß groß und hervorragend; in dem Maße, wie sie von dieser Linie des Verhaltens abwichen, erlitten sie nicht unempfindliche Verluste. Statt einer offenen und muthigen Betonung ihres Standpunktes, sehen wir auf ihrer Seite trotzdem das Bemühen, sich den alten Freunden, die sich von ihnen trennten, verbindlich zu machen und zu nähern. Statt eines entschlossenen und thatkräftigen Auftretens in allen großen politischen Fragen, bewegt sich die Partei im Vertheidigungsstande und in der Reserve, nur hier und da sich zu einer Kundgebung entschließend, welche weit ab liegt von den Erfordernissen des praktisch-politischen Lebens.

Die nationalliberale Partei wird sich, wenn sie dem weiteren Abbröckelungsprozeß vorbeugen will, vor Allem ihres entschiedenen Gegensatzes zu den Secessionisten bewußt werden und zu ihren politischen Grundsätzen entschieden zurückkehren müssen. Vornehmlich wird sie auch in Zukunft der Kompromißpolitik sich nicht entziehen dürfen: diese Politik erfordert keineswegs ein Aufgeben der liberalen Grundsätze, sondern will dieselben nur unter Berücksichtigung der praktischen Ziele und Bedürfnisse im Staatswesen und unter Beachtung der anderen zur Mitwirkung berufenen Parteien verwirklichen.

Die Regierung hat ihrerseits das Zusammenwirken mit verschiedenen und selbstständigen Parteien nie anders verstanden. Aber die erste Bedingung ist, daß die betreffenden Parteien selbst an die Stelle beschaulichen Verhaltens ein thatkräftiges Handeln setzen, um auf jener Grundlage nicht bloß ihre eigene Stellung mit Erfolg gegen den Ansturm von links vertheidigen, sondern auch für die weitere gesegnete und gesunde Entwicklung des Staatslebens ihren schwerwiegenden Einfluß geltend machen zu können.

**Die Verwendung der Jahresüberschüsse der Verwaltung der Eisenbahnangelegenheiten.**

In Erfüllung der Zusagen, welche die Staatsregierung bei der Berathung des Gesetzes vom 20. Dezember v. J., betreffend den Erwerb mehrerer Privateisenbahnen für den Staat, gemacht hat, ist dem Landtage ein Gesetzentwurf über die Verwendung der Jahresüberschüsse der Verwaltung der Eisenbahnangelegenheiten zugegangen, welcher durchaus den Grundsätzen entspricht, die das Haus der Abgeordneten in einer Resolution über die »finanziellen Garantien« niedergelegt hat. Diese Resolution bezweckte, die Verwendung der Einnahmen und Ausgaben der Verwaltung der Eisenbahnangelegenheiten in der Art zu regeln, daß die Jahresüberschüsse derselben einem Reserve- und Amortisationsfonds zufließen und nur noch in einem gewissen bestimmt fixirten Betrage den allgemeinen Staatsfonds verbleiben. Dieser aus den Jahresüberschüssen der Staatseisenbahnverwaltung zu sammelnde Reserve- und Amortisationsfonds soll die Bestimmung erhalten, zur Ergänzung der für die Verzinsung der Staatseisenbahnkapitalschuld erforderlichen Beträge zu dienen und den Staatshaushalt so gegen die Schwankungen, welche mit dem Steigen und Fallen der Erträge der Staatseisenbahnverwaltung verbunden sein können, sicher zu stellen. Indem der Gesetzentwurf dem Prinzip der Tilgung der zu Eisenbahnzwecken verwendeten Staatskapitalien zustimmt, stellt er hierfür die Ueberschüsse, welche nach erfolgter vollständiger Ansammlung eines Reservefonds sich ergeben werden, in Aussicht. Zu diesem Behufe ist die Höhe der Eisenbahnkapitalschuld und des Erfordernisses zur Verzinsung derselben für die Vergangenheit ziffermäßig und für die Zukunft grundsätzlich festgestellt. Im Einzelnen werden zum Zweck der Ausgleichung eines etwa vorhandenen Defizits in der Staatsverwaltung 2,200,000 Mark reservirt. Die Eisenbahnkapitalschuld ist zur Verrechnung und Verwendung der Ueberschüsse auf 1,498,858,100 Mark festgestellt, wie sie am 1. April 1880 vorhanden war; der für die